

Beschlüsse

Inhalt

A 1) Die PISA-Studien für eine Zielklärung des deutschen Schulsystems nutzen.....	2
A 1a) Jährlicher deutscher Bildungsbericht.....	5
A 2) Gestaltungsaufgaben der Bildungspolitik.....	6
A 3) Integratives Lernen.....	8
A 4) Förderung der Lesekultur	9
A 5) Vorschulische Erziehung ernst nehmen.....	10
A 5a) Lehrerinnen- und Lehrerbildung.....	12
A 6) Regierungsprogramm 2002-2006	13
A 7) Reform des Berufsbildungsgesetzes	15
A 8) Änderung der AfB-Richtlinien	17
A 9) Änderung der AfB-Richtlinien	19



A 1) Die PISA-Studie für eine Zielklärung des deutschen Schulsystems nutzen

Die AfB fordert die SPD auf, die Impulse für eine neue bildungspolitische Offensive, die aus der internationalen PISA-Untersuchung und der nationalen Erweiterung von PISA zu einem Vergleich der Bundesländer untereinander gewonnen werden können, sachlich und konsequent zu nutzen.

PISA hat gravierende Probleme des deutschen Schulsystems aufgezeigt:

Alle Schulformen tragen in ihrer Struktur der Abstufung dazu bei, dass die Ergebnisse weit hinter dem Durchschnitt der meisten OECD-Länder liegen.

Das Schulsystem ist vorwiegend nur beim Abschulen in Schulformen geringerer Ansprüche durchlässig.

Dabei zeigt es hohe Überschneidungen bei den Leistungen zwischen den einzelnen Schulformen.

Der Abstand zwischen den schwächeren und stärkeren Schülerinnen und Schülern ist größer als in allen anderen Ländern, sowohl in Ländern mit differenzierenden wie auch mit integrierten Bildungsgängen.

Bestürzend ist im Vergleich zu anderen Ländern die geringe Förderung der Kinder von bildungsbenachteiligten Gruppen und von Migranten.

Auch die deutsche Bildungspolitik muss sich die Ziele zu eigen machen, wie sie die europäische Bildungsministerkonferenz und die OECD formulieren: die generelle Anhebung des Leistungsniveaus und die Milderung sozialer Disparitäten.

Die Resultate der internationalen PISA-Studie lassen sich zum großen Teil damit erklären, dass die deutsche Bildungspolitik sich jahrzehntelang offen oder insgeheim eingeredet hat, sie habe das beste Schulsystem überhaupt. Besonders die vergleichsweise geringe Lesekompetenz, verweist dagegen auf grundlegende Mängel. Dies ist besonders gravierend, da Lesekompetenz die Voraussetzung für die meisten Lernprozesse ist.

Die Bereitschaft zu lesen, die Fähigkeit, Gelesenes zu verarbeiten, ist Resultat von sich entwickelnder Wissensneugier und von dem Willen, sich mit Neuem und Anderem zu beschäftigen. Dies hat unser Schulsystem nicht erreicht. Schulisches Wissen gründet sich hierzulande nicht auf erarbeitete und verarbeitete Information, sondern auf zubereitete Teilsegmente parzellierten Wissens, die leicht abprüfbar sind.

Auch in SPD-geführten Ländern wird in den letzten Jahren Leistung immer mehr als Befähigung zur Wiedergabe abfragbaren, enzyklopädischen Wissens verstanden (zentrale Abschlussprüfungen fördern dieses Lernen). Das Grundbildungskonzept von PISA mit besseren Leistungen vieler Länder versteht dagegen schulische Leistung als Kompetenz zur Lebensbewältigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieses Bildungskonzept kann besser als bisherige deutsche Lehrpläne alle Schülerinnen und Schüler erreichen.

Heterogenität der Gesellschaft darf nicht dazu führen, dass einzelne schon privilegierte Gruppen gefördert, andere vernachlässigt werden. Das Menschenbild des demokratischen Sozialismus fordert eine emanzipatorische, persönlichkeitsbildende auf Chancengleichheit gerichtete soziale Bildungspolitik.

Die AfB erwartet von der SPD, dass ihre Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker die

gegenwärtig meist sachlich geführte Debatte seit der Veröffentlichung der internationalen Ergebnisse auch nach der Präsentation des deutschen Ländervergleichs ab dem 30. Juni 2002 beibehalten. Alle deutschen Bundesländer haben allen Grund, sich mit den Problemen auseinander zu setzen, die PISA dem gesamten deutschen Schulsystem bescheinigt hat.

Die Kultusministerkonferenz hat mit der Teilnahme aller Bundesländer an einem nationalen Leistungsvergleich, der PISA-Erweiterung, eine mutige und richtige Entscheidung getroffen. Allerdings darf die Bearbeitung der Ergebnisse nun nicht wieder in den Stil der „traditionell deutschen„ Debatten verfallen. Schon bisherige Bundes- und Landtagsdebatten nach der Veröffentlichung der internationalen Ergebnisse deuten auf die bekannten „Grabenkämpfe„ hin, in denen sich die CDU mit einer Politik der verschärften Auslese nach scheinbar objektiver Schulleistung als Sieger glaubt.

Die AfB fordert die SPD auf, sich in der Debatte um Konsequenzen aus PISA an ihren bildungspolitischen Leitlinien zu orientieren. Danach muss sie bestrebt sein, sich dem Ziel der OECD anzuschließen, einen hohen Bildungsstandard durch Verbesserung der Lernchancen aller Kinder und Jugendlichen, besonders aber der bisher benachteiligten, zu erreichen.

Die mit den Ergebnissen aufgezeigte hohe soziale Selektivität des deutschen Schulsystems ist auch von traditionell SPD-regierten Ländern mit zu verantworten. Angesichts dieses generellen Problems sind Länderrankings in einzelnen Testbereichen relativ unwesentlich, und Unterschiede sollten Anlass für Interesse statt für Triumph oder Kleinmut sein.

Die PISA-Studie und der Blick auf im Vergleich zu Deutschland erfolgreichere Länder geben Hinweise, mit welchen Mitteln das Ziel der Chancengleichheit, das SPD-Bildungspolitik für das deutsche Schulsystem anstrebt, besser als bisher verfolgt werden kann.

Länder mit besseren Ergebnissen bemühen sich, schlechtere Lernvoraussetzungen frühzeitig zu erkennen und auszugleichen und geben allen Kindern und Jugendlichen einen längeren Zeitraum, ihre Fähigkeiten in der Schule zu entwickeln und zu erproben. Sie verstehen Überprüfungen des Leistungsstands der Schülerinnen und Schüler als Voraussetzung dafür, Schwächen rechtzeitig zu erkennen, um sie mit schulischen und sozialpädagogischen Mitteln mindern zu können. Sie geben mit vielfältigen Lernangeboten Anreize, individuelle Stärken auszuprägen.

Die nachgewiesenen besseren Erfolge von Ländern mit integrierenden Schulstrukturen erfordern, dass auch bei uns eine Struktur- und Qualitätsdebatte geführt werden muss. Dabei sind die Erfahrungen der Gesamtschulen zu berücksichtigen, die unter Konkurrenzbedingungen ihren Integrationsauftrag zu wenig entfalten konnten. Sie brauchen einen Erprobungsauftrag und Unterstützung, um den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulleistung zu mildern und alle Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Qualität der Schulen bedeutet auch nach den Maßstäben der OECD ihre Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen Entwicklungschancen einzuräumen, hohe Leistungen zu erreichen und Voraussetzungen ihrer Förderung zu erhalten.

Eine Bildungspolitik, die sich angeblich unideologisch nur auf vordergründige gesellschaftliche Akzeptanz richtet, kann den Hinweisen auf Probleme nicht nachgehen, die von den PISA-Studien für Deutschland aufgezeigt werden. Denn hinter der in Deutschland allseits gefürchteten und darum „stillgestellten„ Schulstrukturdebatte bleiben gravierende Probleme und Folgekosten unseres Schulsystems der öffentlichen Aufmerksamkeit verborgen:

Leistungen zur Unterstützung von Lern- und Schullaufbahnen werden aus dem Unterricht ausgegliedert und tauchen als Kosten für Klassenwiederholungen oder der Eltern für Nachhilfeunterricht oder der Träger der Sozialhilfe zur Vermeidung drohender seelischer Behinderungen durch Leistungs- oder Teilleistungsschwächen oder der Erziehungshilfe wieder auf. Weiterhin werden hohe außerschulische Ressourcen in Initiativen zur Milderung von Problemen Jugendlicher beim Übergang in den Beruf geleitet, die offensichtlich während der

Pflichtschulzeit nicht bearbeitet worden sind. Solche personellen und finanziellen Ressourcen könnten wirkungsvoller in die präventive Unterstützung und Förderung vor und während der Schulzeit geleitet werden.

Hinweise auf die Erziehungsverantwortung der Eltern sind zwar richtig, dürfen aber nicht von der notwendigen Ausgleichsfunktion des Staates für förderliche Lernbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen ablenken.

A 1a) Jährlicher deutscher Bildungsbericht

Adressat: Bundestagsfraktion- und SPD-Landtagsfraktionen

Die AfB begrüßt und unterstützt nachhaltig die Initiative der Bundesregierung, einen jährlichen deutschen Bildungsbericht zu erarbeiten. Die Ablehnung der KMK, die diese ebenfalls einem OECD-Länderexamen entgegen bringt, ist nicht vermittelbar. Auch die Länder müssen ein Interesse daran haben, Ursachen für die grundlegenden strukturellen Probleme des deutschen Schulsystems präzise zu ermitteln und an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Eine gemeinsame Berichterstattung von Ländern und Bund ist dringend notwendig und auf der Basis unserer Verfassung auch zu ermöglichen.

Die jetzt notwendige öffentliche Debatte, die mit PISA eingesetzt hat, muss sich auf die bisher unausgesprochenen und nur gegenseitig als ideologisch unterstellten Ziele richten, die unsere Schulen erreichen sollen. Gerade der Streit um eine integrierende oder separierende Schulstruktur, der zu einer bloßen Organisationsdebatte trivialisiert wurde, hat die Verständigung auf ein Ziel wie das von der OECD formulierte verstellt.

Die föderale Zuständigkeit für das Schulwesen in Deutschland erschwert, dass sich die deutsche Gesellschaft auf gemeinsam getragene Ziele für das Schulwesen insgesamt besinnt, weil sie von einem scheinbaren Wettbewerb der Bundesländer untereinander um das beste Schulsystem ausgeht. Die Kultusministerkonferenz versteht sich als Verwaltungsorgan, das Ziele der einzelnen Länder bei der Gestaltung ihres Schulsystems nicht thematisiert, sondern als Parteiideologien behandelt, die man sich bestenfalls gegenseitig als Verhandlungspositionen zugesteht. So scheitern auch öffentliche Dialoge, in denen Argumente nachvollziehbar geprüft und abgewogen werden könnten, und werden zu fruchtlosen Positionsbehauptungen. Die Einrichtung des Forums Bildung war ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Verständigung über Aufgaben und Ziele des Bildungswesens in Deutschland. Weitere Schritte sind notwendig und möglich, ohne das Bildungswesen selbst zu zentralisieren.

A 2) Gestaltungsaufgaben der Bildungspolitik

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Landesvorstände werden aufgefordert, die notwendigen Schritte zur Erfüllung der folgenden bildungspolitischen Gestaltungsaufgaben zur Stärkung des Gesamtleistungsniveaus durch Schule und Bildung in der Bundesrepublik Deutschland einzuleiten bzw. darauf hin zu wirken:

Sozialdemokratische Bildungspolitik zielt auf Chancengleichheit, Bildungsbeteiligung für alle und ein hohes Gesamtleistungsniveau. Dies erfordert den nachhaltigen Abbau von Leistungsdifferenzen und von Auswirkungen sozio-ökonomischer Hintergründe.

Bildung ist Voraussetzung für die individuelle Selbstverwirklichung. Die gute Schule ist weit mehr als eine Stätte der reinen Wissensvermittlung. Sie muss umfassende soziale und kulturelle Erfahrungen vermitteln, sie muss alle Kinder optimal fördern, minderbegabte und hochbegabte gleichermaßen, sie muss zur eigenständigen Erwerbstätigkeit verhelfen, sie muss zum lebensbegleitenden Lernen anleiten, sie muss Versagen entgegenwirken, denn „Lernen lernen,“ braucht Ermutigung und Motivation und sie muss integrativ sein, denn Ausgrenzung von Leistungsschwächeren in Sondereinrichtungen behindert die Entwicklung.

Die gute Schule zeichnet eine „Kultur des Lernens,“ aus, in der der individuelle Lernfortschritt Maßstab ist. Gute Schulen sind als Bildungsort, Erziehungsort und Lebensraum für die Schülerinnen und Schüler zu entwickeln und müssen eine entsprechende Selbstverständnisdiskussion führen.

Diese muss gekoppelt sein mit der Weiterentwicklung des Lehrer- und Erzieherleitbildes.

Gestaltungsaufgaben:

1. Einführung eines beitragsfreien Vorschuljahres verpflichtend für alle Kinder ab dem 5. Lebensjahr. Das Land gibt einen Kompetenzkatalog vor, der vor Ort in enger Kooperation zwischen Kindergarten und Schule gemeinsam umgesetzt wird. Das Vorschuljahr und die Jahre 1 und 2 der Grundschule werden als eine pädagogische Einheit betrachtet.
2. Schulen erweitern ihr Schulleben über die reine Unterrichtsvermittlung hinaus. Sie beziehen Jugendhilfe, kommunale, soziale und karitative Träger sowie Vereine und Organisationen in die schulische Arbeit ein.
3. Den Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne besonderen Förderbedarf fortsetzen; Integrationsklassen mit lernbehinderten und geistig behinderten Kindern müssen einen festeren Platz im deutschen Schulsystem einnehmen, damit die in ihnen gewonnenen Erfahrungen auf das allgemeine Schulsystem noch stärker als bisher ausstrahlen können; konsequente Einführung individueller Förderpläne in allen Schulen.
4. Ganztagsangebote mit pädagogischer Zielsetzung, d.h. mit Rückwirkungen auf den Tagesrhythmus der schulischen Arbeit. Die pädagogische Verständigung erfolgt vor Ort unter Berücksichtigung der sozialräumlichen Gegebenheiten und wird im Schulprogramm festgeschrieben. Vertreter außerschulischer Organisationen und Vereine, der Wirtschaft, der Kammern, des Arbeitsamtes und der Träger der Jugendhilfe, der kommunalen, sozialen und karitativen Träger können im Rahmen der pädagogischen Zielsetzungen einbezogen werden.
5. Die Lehr- und Lernkultur wird weiter entwickelt, d.h. u.a.
 - Öffnung nach „oben,“ als systemisches Prinzip, d.h. Förderung jedes Einzelnen durch Ausbau individueller Stärken, Vermeiden des Aussortierens nach „unten,“ (Abschiebung, Nicht-Versetzung, Selektion durch Erhöhung der Eingangsvoraussetzungen);
 - Ganzheitliches Lernen, handlungs- und projektorientierte Unterrichtskonzeptionen, Verknüpfung von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzziele bei der curricularen Arbeit.

- Erstellung stufenbezogener Studentafeln und Lehrpläne mit Verantwortung und Entscheidung der Schulen über spezifische Schwerpunkte, mit denen sie die Lernbedürfnisse und Förderungsnotwendigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler berücksichtigen.
 - Möglichkeit zum Erwerb aller Abschlüsse an Schulen der Sekundarstufe I;
6. Mehr Selbstverantwortung für die einzelne Schule im Rahmen staatlicher Qualitätsvorgaben mit dem Schulprogramm als Steuerungsinstrument für die schulische Arbeit (Einbeziehung aller Mitglieder der Schulgemeinde zur „Entfesselung der kreativen Kräfte der Schulen!„);
 7. Verbindliche Evaluation als Prinzip, d.h. Schaffung geeigneter Institutionen und Instrumentarien zur Unterstützung der Schulen;
 8. Schulen, die mit Schülerinnen und Schülern mit schwierigen Lernausgangslagen arbeiten, erhalten zusätzliche Ressourcen.
 9. Qualifizierung von Schulleitungen im Sinne eines Schulmanagements auch unter Berücksichtigung neuer Verwaltungssteuerungsinstrumente. Veränderte Aufgaben der Schulaufsicht.
 10. Veränderte Lehrerausbildung in einem Grundlehramt mit Stufenschwerpunkten; Lehrerfortbildung im Rahmen des Schulprogramms;
 11. Festhalten an der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung. Stärkung der doppelqualifizierenden und der vollschulischen beruflichen Bildungsgänge (Berufsfachschulen, FOS, berufliches Gymnasium, Fachschulen) zur Ausschöpfung aller Begabungsreserven;
 12. Entwicklung von Benachteiligtenkonzepten in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Kammern, dem Arbeitsamt und den Trägern der Jugendhilfe;
 13. Stärkung der Berufsvorbereitung durch inhaltliche Verzahnungen und Kooperation beruflicher Schulen mit allgemeinbildenden Schulen und Stärkung des Faches Arbeitslehre;
 14. Entwicklung von berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren im Rahmen institutioneller Berufsbildungsnetzwerke, um die Qualität der Berufsbildung zu sichern und neue Möglichkeiten für die Berufsvorbereitung, die Berufsausbildung und die ständige Weiterbildung zu entwickeln und bereitzustellen. Diese Entwicklung ist auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den regionalen Weiterbildungsträgern und mit überbetrieblichen Ausbildungsstätten angelegt.
 15. Einflussnahme über das Bündnis für Arbeit auf die Tarifparteien, um zu flächendeckender Einführung von Lernzeitkonten in der Wirtschaft zu kommen, damit ein wesentlicher Impuls für die notwendige Strukturentwicklung zum lebenslangen Lernen gegeben wird.

A 3) Integratives Lernen....

Erledigt durch Aufnahme in A 2 als Punkt 3

A 4) Förderung der Lesekultur

Adressaten: SPD-Parteivorstand, Medienpolitische Kommission

Die PISA-Studie bestätigt, dass deutsche Schüler aller Schulformen nur geringe Bereitschaft zum Lesen zeigen; dies ist auch ein Ergebnis lebensferner Lesekultur in deutschen Schulen, die Lektüre als Ausweis von Bildung und sozialer Platzierung versteht.

Die Vermittlung von Literatur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Vergleich der Programme von Hörfunk und Fernsehen in europäischen Ländern zeigt beispielsweise, dass in Frankreich Literatur sehr viel mehr zum Alltagsprogramm gehört und damit auch das Leseverhalten breiter Schichten beeinflusst. Auch die deutschen Programmhäuser von Rundfunk und Fernsehen müssen Literatur als Lebensbereicherung den notwendigen Raum geben.

Die AfB fordert deshalb die Verantwortlichen in den Programmhäusern von Rundfunk und Fernsehen auf, Literatur als Lebensbereicherung den notwendigen Raum zu geben und weniger vermeintliche Publikumswünsche und damit Einschaltquoten zum Maßstab der Programmgestaltung zu machen. Beschäftigung mit Literatur, mit dem Lesen aus Lust, muss aus einem elitären Zirkel heraustreten und zu einer Selbstverständlichkeit im Alltag nicht nur von Kindern und Jugendlichen werden.

A 5) Vorschulische Erziehung ernst nehmen

Die Empfehlungen des Forums Bildung ebenso wie auch – indirekt – die Ergebnisse der PISA Studie weisen hin auf die Bedeutung der vorschulischen Bildung und Erziehung für eine gute Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit und für einen späteren Schulerfolg.

In der frühen Kindheit durchleben Kinder die grundlegenden Phasen ihrer Persönlichkeitsentwicklung, der Entwicklung ihrer Intelligenz, ihrer Sprach- und Lernfähigkeit. Jedes Kind trägt alle Chancen für sein späteres Leben in sich. Schulische Bildung baut sie auf und baut sie aus auf der Grundlage, die im Kind angelegt und vorgeprägt ist. Deshalb ist Erziehung und Bildung im frühen Kindesalter so wichtig für Chancengleichheit.

Wir vertreten die Auffassung, dass vorschulische Erziehung und Bildung ins Zentrum der bildungspolitischen und familienpolitischen Reformen in Deutschland gehören. Bisher stand dies Thema nicht genug im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Es ist gut, dass heute fast alle Kinder einen Kindergarten besuchen, wenn leider auch deutlich kürzer als in unseren meisten Nachbarländern. Es kommt nun darauf an, den Bildungsauftrag des Kindergartens und der Kindertageseinrichtungen vor der Schule im Elementarbereich des Bildungswesens im größtmöglichen Konsens aller Beteiligten herauszuarbeiten und vor allem in der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher umzusetzen.

Familienerziehung und frühe Erziehung in Kindertageseinrichtungen müssen sich ergänzen. Eltern müssen wissen und sicher sein können, dass ihre Kinder nicht nur verwahrt, sondern in ihrer wichtigsten Entwicklungsphase gut gefördert werden. Leider gibt es in der traditionellen Kindergartenerziehung nach wie vor Vorbehalte gegen strukturierte Bildungsprozesse und gegen vorschulisches Lernen. Leicht wird übersehen, dass Kinder aus eigenem Antrieb heraus nicht nur über Neugier, sondern auch über eine ausgeprägte Lernmotivation verfügen, wenn sie auf verlässliche Zuwendung von Erwachsenen vertrauen können. Dies verlangt nach einem Bildungsverständnis, das sich an der Eigentätigkeit des Kindes und an seinem jeweiligen Entwicklungsstand orientiert und das Kind in den Mittelpunkt stellt.

Die Jugendministerkonferenz nennt neben der Vermittlung grundlegender sozialer Fähigkeiten als wichtige Aufgaben der Einrichtung der Kinderbetreuung

- Kindern Sprachkompetenz und die Fähigkeit zur nichtsprachlichen Kommunikation zu vermitteln;
- die Lernmotivation zu erhalten, zu stärken und zu fördern, wobei den selbstgesteuerten (spielerischen) Lernprozessen eine besondere Bedeutung zu kommt;
- ihre kreativen Fähigkeiten zu entwickeln und
- die Neugier durch die Erweiterung der Themen und Inhalte des kindlichen Erfahrungsraumes herauszufordern.

Wir teilen diese Auffassung, legen jedoch ergänzend besonderen Wert auf die Bewegungserziehung und die musikalisch ästhetische Bildung der Kinder als Grundlagen für Sprach- und Intelligenzentwicklung. Wir sehen es auch als notwendig an, bereits im Kindergarten Medienerziehung und die Grundlagen der englischen Sprache und/oder anderer aus Gründen der Nachbarschaft geeigneter Sprachen zu verankern.

Je eher Kinder Kindertagesstätten besuchen, desto besser lässt sich deren Auftrag verwirklichen. Dies gilt besonders für Tageseinrichtungen für Kinder mit einem Einzugsbereich vieler wenig oder nicht deutsch sprechender Familien und sozial benachteiligter, bildungsferner Schichten. In diesen Kindertageseinrichtungen sind vor der Einschulung besondere Angebote der Sprachförderung für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund zu schaffen und ebenso Sprachlernangebote für ihre nicht deutsch sprechenden Eltern. Sie sind mit allen geeigneten Mitteln dafür zu gewinnen, dass ihre Kinder diese Einrichtungen besuchen können.

Auf der Basis dieser Überlegungen ist umgehend ein umfassendes Aus- und Weiterbildungsprogramm unter Beachtung von Standards anderer europäischer Länder für Erzieherinnen und Erzieher zu entwickeln, zu dem die jeweiligen politischen Ebenen entsprechend ihren Kompetenzen beitragen sollen. Dabei sind insbesondere die diagnostischen Fähigkeiten der Erzieherinnen und Erzieher zu stärken, damit ggf. notwendige zusätzliche logopädische, psychomotorische und andere Fördermaßnahmen auch außerhalb der Kindertagesstätte möglichst früh eingeleitet werden können. Auch für Kindertageseinrichtungen ist ein transparentes System von Evaluierung und Qualitätssicherung zu entwickeln, damit Eltern, Träger und kommunale Öffentlichkeit sich hierüber informieren und ggfs. Konsequenzen ziehen können. Der Elementarbereichs des Bildungswesens ist in eine zukünftige bundesweite Bildungsberichterstattung einzubeziehen.

Der Reform der Kindergartenerziehung muss eine Weiterentwicklung der Grundschule entsprechen. Es wäre der falsche Weg, Kinder nur früher einzuschulen und alle anderen Rahmenbedingungen unverändert zu lassen. Ebenso falsch wäre es, unter heutigen Bedingungen schulreife Kinder nicht in die Schule gehen zu lassen. Aus der PISA Studie lassen sich nur allgemeine Rückschlüsse auf die Bedeutung der vorschulischen Erziehung, nicht aber auf das ideale Alter der Einschulung bzw. des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule ziehen. Wir sollten deshalb einen neuen Kompetenzstreit zwischen schulischer und vorschulischer Erziehung und Bildung vermeiden, uns aber für eine bessere Kooperation von Kindergärten und Grundschulen einsetzen.

Kindertageseinrichtungen für Kinder gehören nicht nur auf die Agenda der Bildungspolitik, sondern auch der Familienpolitik; denn ihre Leistungen sind zentral für Familien. Sie sollten möglichst weitgehend in den Kindergartenalltag einbezogen werden. Mit Recht wurde auch im Forum Bildung die Frage nach einer Beitragsentlastung der Eltern bzw. nach der Beitragsfreiheit der Elementarerziehung gestellt. Auf keinen Fall dürfen Kinder, weil Eltern den Beitrag nicht bezahlen können, vom Besuch eines Kindergartens abgehalten werden.

A 5a) Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Überweisung an den AfB-Bundesvorstand und -Bundesausschuss zum Abgleich mit dem Beschluss zur Lehrerbildung der AfB-Bundeskonzferenz von 1997

Die Kultusministerkonferenz hat sich auf grundsätzliche Ziele im Schulwesen geeinigt, um eine gemeinsame und vergleichbare Grundstruktur der Bildungsgänge zu sichern. Ein Themenschwerpunkt hierzu war 1999/2000 die Lehrerbildung.

Rheinland-Pfalz hat unter Berücksichtigung der dort formulierten Ziele ein „duales Studien- und Ausbildungskonzept“ vorgelegt.

Wir begrüßen diese Initiative und empfehlen den SPD-regierten Ländern, die sich mit der Reform der Lehrerbildung befassen, das rheinland-pfälzische Modell zur Grundlage ihrer Diskussion zu nehmen.

A 6) Regierungsprogramm 2002-2006

Adressat: SPD-Parteivorstand

Die SPD muss die Bildungspolitik zum Schwerpunkt für das Regierungsprogramm 2002 bis 2006 machen. Hierbei sind die Ergebnisse der PISA-Studie ein zentraler Aspekt.

Begründung:

Angesichts des schlechten Abschneidens unseres Bildungssystems im internationalen Vergleich sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um in Zukunft bessere Ergebnisse zu erzielen. Deutschland hat sich in seinem Selbstverständnis immer wieder über Kultur, Sprache und Bildung als Kulturnation definiert. Auch aus diesem Selbstverständnis heraus muss es ein gemeinsames Thema aller politischen Akteure - auf den Ebenen der Gemeinden, der Länder und des Bundes sein – die Leistungsfähigkeit unserer Bildungsinstitutionen so zu erhöhen, dass Deutschland zur Spitzengruppe aufrückt.

Für Sozialdemokraten ist dies eine doppelte Verpflichtung, da wir Chancengleichheit, einen besseren sozialen Zusammenhalt und mehr Wohlstand durch Bildung zu unseren zentralen politischen Zielen zählen, nun aber feststellen müssen, dass unser Land nicht nur insgesamt schlechtere Ergebnisse im Vergleich zu anderen erzielt, z.B. im Verständnis gelesener Texte, in Mathematik und in Naturwissenschaften, sondern dass Kinder aus bildungsfernen Schichten bei uns besonders wenig gefördert werden. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere bisherigen Konzepte überdenken und ändern. Soziale Herkunft darf zukünftig nicht mehr ausschlaggebend für den Schulerfolg und damit für die späteren Chancen im Erwerbsleben sein.

Wir müssen dem Elementarbereich des Bildungswesens in Deutschland einen neuen und hohen Stellenwert einräumen und alle Kinder früher - schon vor der Schule – fördern. Besonders sprachliche und musikalisch ästhetische Erziehung muss so früh wie möglich für alle Kinder einsetzen. In Stadtteilen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter und wenig deutsch sprechender Familien sind zusätzliche Angebote für eine möglichst frühzeitige Förderung zu schaffen. Gute vorschulische Bildung, gute Grundschule und gute Ganztagschule lauten die Hauptaufgaben der neuen Bildungspolitik „nach PISA“, sie müssen zu Markenzeichen dieser neuen Politik werden. Hinzu kommen weiter führende Schulen, die fördern, statt auszugrenzen. Qualitätssicherung muss zum selbstverständlichen Alltag unserer möglichst autonom handelnden Schulen werden.

Die SPD muss in ihrem Regierungsprogramm verdeutlichen, dass sie die aktuelle Debatte um die bessere Bildung und um die notwendigen Reformen nicht unter den Vorzeichen von Kompetenzgerangel und gegenseitigen Schuldzuweisungen führen will, sondern dass alle politischen Ebenen zum Handeln aufgefordert sind.

Mit dem Forum Bildung hat Bundesministerin Edelgard Bulmahn eine Plattform geschaffen, auf der gemeinsam von Bund und Ländern und unter Einbeziehung aller an Bildung Beteiligten und Interessierten -von der Wissenschaft über Gewerkschaften, Arbeitgeber und Eltern- wichtige bildungspolitische Forderungen im Konsens formuliert wurden. Die Ergebnisse des Forums Bildung sind ein wichtiger Beitrag zur Bearbeitung der Mängel unseres Bildungswesens, die in der PISA Studie deutlich geworden sind. In der kommenden Legislaturperiode muss der Stand der Umsetzung der Forderungen des Forums Bildung in den Ländern fortlaufend vergleichend überprüft werden (benchmarking), ebenso sollte eine fortlaufende Dokumentation guter Beispiele und ein bundesweiter Erfahrungsaustausch hierzu etabliert werden. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung bietet als gemeinsame Veranstaltung von Bund und Ländern hierfür den geeigneten Rahmen.

Fortschritt setzt Transparenz und Information voraus; deshalb ist die gemeinsame Bildungsstatistik der OECD, und deshalb sind die internationalen Vergleichsstudien so wichtig. Innerhalb

Deutschlands muss mindestens gleich viel Transparenz über den Zustand des Bildungswesens gegeben sein wie international. Deshalb treten wir dafür ein, dass Bund und Länder ein gemeinsames Instrumentarium der Bildungsberichterstattung entwickeln. Eltern, Jugend und die sie umgebende Gesellschaft haben einen Anspruch darauf zu wissen, was ist, auch wenn das Wissen nicht angenehm für die jeweils politisch Verantwortlichen ist. Auszusprechen und zu wissen, was ist, ist die Voraussetzung für jede Reform. Bildungsberichterstattung darf in Deutschland nicht länger an Kompetenzstreitigkeiten scheitern. Im Rahmen der Forschungsförderung des Bundesbildungsministeriums muss außerdem ein Schwerpunkt Bildungsforschung geschaffen werden, um zukünftig Entscheidungen besser und wissenschaftsbasiert treffen zu können.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat seit 1998 die Ausgaben für Bildung und Forschung um 20% gesteigert. Dies hat zu einer Trendumkehr im Vergleich zur CDU-geführten Regierung geführt. Diese Politik muss fortgesetzt werden. Wir erwarten eine Steigerung des Etats für Bildung und Forschung um mindestens 25% in der nächsten Wahlperiode.

Deutschland muss den Anteil aller Bildungsausgaben an den Staatsausgaben (Anteil am BIP) wieder deutlich erhöhen. Wir fordern möglichst in der kommenden Legislaturperiode eine Steigerung von 5,5% auf 7,0%, um einen mit anderen Industrieländern vergleichbaren Stand zu erreichen.

Zusätzliche Anstrengungen müssen neben dem Bund auch Länder und Kommunen unternehmen, um eine Qualitätssteigerung von vorschulischer und schulischer Bildung zu erreichen. Die Länder benötigen einen hinreichenden finanziellen Spielraum, um ihrem wichtigsten Verfassungsauftrag nachzukommen, nämlich ein gutes Schul- und Bildungswesen zu garantieren. Deshalb muss die Bundesregierung im Rahmen des Stabilitätspaktes ein besonderes Aktionsprogramm Bildung durchsetzen, das bei gleichzeitiger Begrenzung der Staatsausgaben Mittel zugunsten von Investitionen in Bildung umschichtet. Im Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern muss Bildung ein deutliches Gewicht erhalten.

A 7) Reform des Berufsbildungsgesetzes

Überweisung an den AfB-Bundesvorstand und -Bundesausschuss

Die Bundeskonferenz der AfB fordert die SPD auf, in der kommenden Legislaturperiode die Reform des Berufsbildungsgesetzes anzugehen.

Reformschwerpunkte sollten dabei sein:

- Erweiterung des Geltungsbereichs des BBiG, um insbesondere für das sozial- und krankenpflegerische Beschäftigungssystem ein Berufsfeld mit attraktiver dualer Berufsausbildung einrichten zu können. Dies gilt auch für die Berufsausbildung im Bereich der Altenpflege.
- Erweiterung der Lernortkooperation von Berufsschule und Betrieb verbunden mit Mitbestimmung der Lehrkräfte in den Gremien der zuständigen Stellen, einer stärkeren Verpflichtung des Staates bei der personellen und der Schulträger bei der sächlichen Ausstattung der Berufsschulen.
- Festschreibung des Berufskonzeptes zur Sicherung bundesweit definierter Standards und zur Schaffung von Transparenz auf dem Arbeitsmarkt.
- An Berufsfeldern als Ordnungsprinzip für die duale Berufsausbildung soll grundsätzlich festgehalten werden. Bestehende Berufsfelder müssen aktualisiert und ggf. neu geordnet werden. Bei Bedarf müssen neue Berufsfelder entwickelt werden, die auch berufsfeldübergreifend konzipiert sein können. Ausbildungsordnungen und Rahmenpläne der Berufsschulen sind noch stärker aufeinander zu beziehen.
- Prüfungsverfahren unter Berücksichtigung einer institutionellen Mitbestimmung der Berufsschule bei der Abschlussprüfung vor der zuständigen Stelle und Einbeziehung der Vorleistungen der Auszubildenden in der Berufsschule.
- Stärkung der Berufsbildungsausschüsse zur Sicherstellung einer paritätischen Mitbestimmung.
- Durchlässigkeit des Ausbildungssystems von der Berufsvorbereitung bis zum Berufsabschluss auch für die Benachteiligten durch Einführung von berufsbildbezogenen Teilerzertifizierungen durch die zuständigen Berufsbildungsausschüsse mit der Möglichkeit zum späteren Erwerb eines vollwertigen Berufsabschlusses.
- Zukunftsorientierte Berufsbildungsforschung zur Schaffung der Entscheidungsgrundlagen für die Berufsbildungspraxis, -planung und -politik.
- Internationalisierung durch Bescheinigung strukturierter Auslandsqualifikationen in einem EU-einheitlichen Europass.
- Förderung der Mehrsprachigkeit unter Berücksichtigung interkultureller Beziehungen.

Begründung:

Der Antrag greift begründete Vorschläge der AfB aus dieser Legislaturperiode auf und bezieht sich auf Beschlüsse des Nürnberger Bundesparteitags. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung war bisher nicht bereit, dieses bildungspolitische Vorhaben umzusetzen und hat

statt dessen versucht, über das Bündnis für Arbeit einzelne Reformen für die Erst- und Weiterbildung einzuführen. Die Chancen für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes sind allerdings gestiegen.

Berufsbildungspolitiker/innen der SPD-Fraktion haben sich dafür ausgesprochen, die Reform in der nächsten Legislaturperiode auf die Tagesordnung zu nehmen. Auch die Bundesministerin hat ihre Bereitschaft zur Novellierung erklärt. Die AfB sollte gemeinsam mit den Gewerkschaften einen umfassenden Reformvorschlag konkretisieren.

A 8) Änderung der AfB-Richtlinien

Die Bundeskonferenz der AfB möge beschließen:

Die Richtlinien der AfB vom 23. April 1993 wie folgt zu ändern: (beantragte Ergänzungen kursiv)

III b) Der Bundesausschuss

(...) Er hat die Aufgabe, die Beschlüsse der Bundeskonferenz für die politische Arbeit zu konkretisieren und Durchsetzungsstrategien zu erarbeiten sowie den Bundesvorstand zu beraten. Er ist vor grundlegenden politischen und organisatorischen Entscheidungen zu hören. Der Bundesausschuss setzt sich aus je einem gewählten Vertreter/ einer gewählten Vertreterin der Bezirke zusammen, der/die Mitglied des Bezirks- bzw. Landesvorstandes *oder eines Regionalvorstandes* der AfB sein muss.

Landesbezirke erhalten nach der Mitgliederzahl gestaffelt ein bis drei Zusatzmandate über die Grundmandate hinaus und zwar

*ab 40.000 Mitgliedern 1 Zusatzmandat
ab 80.000 Mitgliedern 2 Zusatzmandate
ab 120.000 Mitgliedern 3 Zusatzmandate.*

Die Bezirke bestimmen ständige Stellvertreter/Stellvertreterinnen.

Begründung:

Der Bundesausschuss ist für die Arbeitsgemeinschaften ein wichtiges Beratungs- und Beschlussgremium.

Durch die Zusammenlegung einzelner Bezirke zu Landesbezirken würde sich nach den derzeitigen Richtlinien mit einem Mandat unabhängig von der Größe des Bezirks der AfB-Bundesausschuss bald drastisch verkleinern. Es würde ein starkes Ungleichgewicht zwischen großen und kleinen Bundesländern/Bezirken entstehen.

Im Parteirat, dem dem Bundesausschuss entsprechenden Parteigremium, ist dies Problem durch einen Schlüssel nach der Mitgliederzahl der Bezirke gelöst. Dieses Verfahren bietet sich aber bei einem sehr viel kleineren Gremium wie dem Bundesausschuss nicht an.

Die hier vorgelegte Lösung ist am ehesten mit den für den Bundesrat geltenden Prinzipien vergleichbar und orientiert sich pragmatisch an der bisherigen Zahl und Verteilung der Mandate. Sie führt zwar zu kleinen, aber in keinem Fall zu drastischen Verschiebungen in der Vertretung einzelner Bezirke. Hier die Zahlen:

Berechnung der AfB-Bundesausschussmandate

Bundesländer/Bezirke	Mandate 2001	Vorgeschlagene Regelung	Zahl der Parteimitglieder
Schleswig-Holstein	1	1	27.988
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	3.420
Hamburg	1	1	14.107
Bremen	1	1	6.892
Niedersachsen	4	(1+2)*	92.529
Sachsen-Anhalt	1	1	5.747
Brandenburg	1	1	7.523

Berlin	1	1	19.991
Nordrhein-Westfalen		1+3	205.468
Westliches Westfalen	1		
Niederrhein	1		
Mittelrhein	1		
Ostwestfalen-Lippe	1		
Hessen		(1+2)*	91.444
Hessen-Nord	1		
Hessen-Süd	1		
Thüringen	1	1	5.584
Sachsen	1	1	5.132
Saarland	1	1	34.426
Rheinland-Pfalz		1+1	59.407
Rhl./Hessen-Nassau	1		
Rheinhessen	1		
Pfalz	1		
Gesamt	23	22	579.658

Falls eine AfB eingerichtet wird:

Baden-Württemberg	1	1+1	50.488
Bayern	1	1+2	92.164
Gesamt	25	27	722.310

*Für Niedersachsen und Hessen gilt bis zur Gründung eines Landesbezirks die alte Mandatsverteilung.

Nach der vorgeschlagenen Regelung würde sich die Gesamtzahl der Mandate um eins verringern, falls Baden-Württemberg und Bayern hinzukämen, allerdings um zwei erhöhen.

Für die einzelnen Bundesländer sieht die Rechnung so aus: NRW behält vier Mandate, Rheinland-Pfalz verliert eins. Falls Hessen und Niedersachsen Landesbezirke gründen, verliert Niedersachsen ein Mandat, Hessen gewinnt eins hinzu. Solange diese Länder die alte Bezirksstruktur erhalten, gilt natürlich die alte Regelung mit vier Mandaten für Niedersachsen und zwei Mandaten für Hessen.

Die Neuregelung enthält einen dynamischen Faktor: Wenn die Mitgliederzahlen stark sinken, kann für einzelne Landesbezirke auch die Zahl der Mandate schrumpfen – angesichts der finanziellen Einbußen durch Mitgliederschwund sicher ein hinzunehmender Effekt.

Allerdings sollten wir daran arbeiten, dass der Trend sich wendet und wir wieder Mitglieder hinzu gewinnen!

A 9) Änderung der AfB-Richtlinien

Erledigt durch Annahme von A 8